

II - 21 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 511

Anfrage

1979-06-20

der Abgeordneten Dr. HUBINEK, Dipl. Ing. Möst  
und Genossen

an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz  
betreffend wirksame Maßnahmen, um Schwangerschaftsabbrüche  
möglichst zu verhindern

In der WHO weiß man, daß die Zahl der Abtreibungen zunimmt,  
daß vor allem bei Jugendlichen immer mehr Schwangerschaftsabbrüche  
vorgenommen werden und daß als Konsequenz große Probleme bei  
nachfolgenden Geburten (Frühgeburten, untergewichtige Kinder,  
behinderte Kinder) auftreten.

Obwohl auch von den Befürwortern der Fristenlösung die  
Abtreibung als Mittel der Geburtenregelung abgelehnt wird,  
werden keinerlei Maßnahmen, dieses im internationalen Vergleich  
schlechte Gesetz zu verbessern bzw. den betroffenen Frauen  
wirksam zu helfen, gesetzt.

Nach wie vor fehlen statistische Grundlagen über Zahl und Motive  
bei Abtreibungen. Gezielte Hilfen für Schwangere in schwierigen  
Situationen müssen jedoch auf der Kenntnis der konkreten Situation  
aufbauen. Desgleichen ist die notwendige Trennung von Beratung  
und Durchführung der Abtreibung sowie die Durchführung durch  
qualifizierte Ärzte weiterhin offen.

Die Nachfrage nach Adoptivkindern ist in Österreich derart groß,  
daß schon von da her die Zahl der Abtreibungen sehr hintangehalten  
werden könnte.

- 2 -

Zuletzt wurde auch mehrfach gefordert, die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen ausschließlich auf öffentliche Krankenanstalten zu beschränken, um das Ansteigen der Zahl von privaten Abtreibungskliniken zu verhindern und eine unzureichende Behandlung in Privatordinationen ausszuschließen.

Aus diesen Gründen richten die unterzeichneten Abgeordneten an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz folgende

A n f r a g e :

- 1) Was werden Sie unternehmen, um statistisches Material über Zahl und Motive bei Abtreibungen, wie es zur wirksamen Beschränkung der Abtreibungsziffern nötig wäre, bei voller Wahrung der Anonymität zu erhalten ?
- 2) Werden Sie sich dafür einsetzen, daß es hinkünftig zu einer Trennung zwischen beratendem und abtreibendem Arzt kommt, damit nicht der Abtreibungsarzt zum eigenen finanziellen Vorteil beraten kann ?
- 3) Werden Sie Maßnahmen, wie die Beschränkung der Durchführung von Abtreibungen nur durch Fachärzte für Frauenheilkunde und Geburtshilfe oder die Beschränkung der Durchführung auf öffentliche Krankenanstalten setzen, um die Gefahr gesundheitlicher Schädigungen zu verringern ?
- 4) Werden Sie sich weiters für eine Erleichterung der Bestimmungen über die Adoption einsetzen ?
- 5) Welche sonstigen Maßnahmen planen Sie, um zu verhindern, daß Abtreibungen zunehmend als Mittel der Geburtenregelung angesehen werden ?